

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 11.05.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Dr. Bauer

Herr Copertino

Herr Kuhlmann

Frau Varnholt

SPD

Frau Gorsler

Vorsitzende

Herr Kollmeier

Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Eilmes

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Stellv. Vorsitzender

Frau Labarbe

FDP

Frau Dr. Seidenberg

Die Partei

Frau Hollander

AfD

Herr Sander

Die Linke

Frau Beier

Beratende Mitglieder:

Bürgernähe

Frau Rammert

LiB

Herr Gugat

Frau Huber
Herr Klein
Herr Winkelmann

Seniorenrat
Psychiatriebeirat
Beirat für Behindertenfragen

(ab 17:30 Uhr)

Verwaltung

Herr Nürnberger
Frau Krutwage
Frau Aron
Herr Dr. Schmid

Herr Palma
Frau Köster
Frau Schulte
Herr Heckersdorf
Herr Hiltawsky

1. Beigeordneter Dezernat 5
Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
(bis 18:10 Uhr)
Stab Dezernat 5
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Gäste

Herr Rotter
Herr Schaible

AGW (öffentlicher Teil)
Solidarische Corona-Hilfe Bielefeld (per „Zoom“
online zugeschaltet zu TOP 6)

Schriftführung

Frau Mülot

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 6. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zunächst führt Vorsitzende Frau Gorsler den sachkundigen Bürger Herrn Serafin Eilmes in die Arbeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses ein und verpflichtet ihn nach der folgenden Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Herr Eilmes bestätigt die Verpflichtung und unterzeichnet die Verpflichtungserklärung.

Vorsitzende Frau Gorsler gratuliert Herrn Wasyliw zu seiner Eheschließung. Er führe nun den Familiennamen „Kuhlmann“.

Unter Hinweis auf die als Tischvorlage ausliegende Mitteilung der Verwaltung zum Thema „Einführung von SORMAS X“ schlägt Vorsitzende Frau Gorsler vor, die Tagesordnung um TOP 2.3 zu erweitern. Außerdem schlägt sie vor, den Antrag der CDU-Fraktion unter TOP 4.2 gemeinsam mit dem TOP 5 zu beraten.

Herr Hood beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Beschlussvorlage zu TOP 9 zum Thema „Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie“ in 1. Lesung zu beraten. Außerdem beantragt er die 1. Lesung zu TOP 8, da so mögliche Fragen zusammen mit der Pflegebedarfsplanung in der nächsten Sitzung des SGA geklärt werden könnten.

Herr Copertino schließt sich für die CDU-Fraktion den Anträgen auf 1. Lesungen an.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

- Die Tagesordnung wird um die Mitteilung zu TOP 2.3 „Einführung von SORMAS X im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt“ erweitert.
- Der Antrag unter TOP 4.2 wird gemeinsam mit TOP 5 beraten.
- Die Informationsvorlage zu TOP 8 „Zwischenbericht des Arbeitsprozesses „Alter(n) gestalten““, (Drucks.-Nr. 1309/2020-2021) wird in 1. Lesung beraten.
- Die Beschlussvorlage zu TOP 9 „Beschluss der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie“ (Drucks.-Nr. 0940/2020-2021) wird in 1. Lesung beraten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 04. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.04.2021**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 04. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.04.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Schuldnerberatung – Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2021**

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 **Mittagsverpflegung an Schulen/Kitas/Kindertagespflegestellen im Rahmen von Bildung und Teilhabe**

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.3 **Einführung von SORMAS X im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Ausnahmen von Beschränkungen für geimpfte Personen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1453/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Strategie des Impffortschrittes - Regelversorgung durch die Hausärzte (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1454/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Fortsetzung des Impfzentrums (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1455/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Unklarheiten Daten (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1456/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Bearbeitungszeiten Sozialamt (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1459/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Aufhebung der Priorisierung - Impfstrategie (Antrag der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1457/2020-2025

Die Beratung und Protokollierung dieses Antrags erfolgt gemeinsam mit TOP 5.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Aufhebung der Priorisierung

von Impfberechtigten eine Impfstrategie/-konzept zu erarbeiten, um einer Überlastung der Impfzentren und Hausärzte durch eine hohe Terminnachfrage entgegenzuwirken.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 4.2

Ergänzende Kinderbetreuung (Antrag der CDU-Fraktion vom 30.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1458/2020-2025

Frau Dr. Bauer begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Eines der großen Probleme Alleinerziehender sei die Betreuung der Kinder bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit. Hier setze das Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ der Stadt Essen an, mit dem Ziel, bestehende Betreuungslücken zu schließen.

Frau Weißenfeld signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesem Antrag. Gleichzeitig bittet sie die Verwaltung zu prüfen, inwieweit sich Überschneidungen mit dem bereits in Bielefeld bestehenden Projekt „Co.libri“ des AWO-Kreisverbandes Bielefeld ergeben könnten.

Frau Rammert stellt zur Diskussion, ob dieser Antrag aus inhaltlichen Gründen zuständigkeitshalber an den Jugendhilfeausschuss (JHA) verwiesen werden müsste. Dazu erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass der Prüfauftrag vom SGA beschlossen werden könne, da er sich ja häufiger schon mit der Lebenssituation von Alleinerziehenden beschäftigt habe. Das Ergebnis werde selbstverständlich auch im JHA vorgestellt. Für eine mögliche Umsetzung sei dann der JHA zuständig.

Herr Holler-Göller erklärt die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Antrag und unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten Herrn Nürnberger.

Herr Gugat regt an, die Prüfung auf die Betreuung von Kindern alleinerziehender Mütter und Väter generell auszuweiten.

Sodann bittet Vorsitzende Frau Gorsler um Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine ergänzende Kinderbetreuung für alleinerziehende Eltern am Vorbild des Konzeptes „Sonne, Mond und Sterne“ aus Essen auch in Bielefeld etabliert werden kann. Des Weiteren ist zu prüfen, ob die Finanzierung des Projektes vollständig durch Stiftungen übernommen werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Corona-Pandemie

Einleitend berichtet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass sich die aktuelle Situation in Bielefeld zunehmend positiv entwickle. Die Inzidenzzahlen würden weiter sinken und sobald eine offizielle Feststellung des Landes vorliege, könne man über mögliche Lockerungen nachdenken.

Zum Stand der Impfungen berichtet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass Bielefeld seit dieser Woche deutlich weniger (nur ca. 1.400) Impfdosen erhalte als bisher. Davon sei ca. 1/3 für Zweitimpfungen reserviert, so dass die Zahl der Erstimpfungen im Moment nicht stark steige. Zeitgleich sei aber die 3. Priorisierungsgruppe teilweise geöffnet worden. Das wirke sich auch auf die Situation im Impfzentrum aus, das nun bis Ende Mai terminlich ausgebucht sei. Dagegen stiegen allmählich die Impfmengen bei den niedergelassenen Ärzt*innen.

Inzwischen sei mit dem Impfen wohnungsloser Menschen mit dem Impfstoff Johnson & Johnson begonnen worden. Diese Personen zu kontaktieren, sei oft mühsam. Daneben sei es nahezu unmöglich, bei dezentralen, mobilen Impfangeboten mit den Menschen einen weiteren Termin zum korrekten Zeitpunkt für die zweite Impfung zu vereinbaren, der dann auch eingehalten werde. Man sei sehr bemüht, diese Menschen vor einer Impfung umfassend zu informieren. Ziel sei, Mitte nächster Woche etwa 50 bis 60% dieser Gruppe erreicht zu haben.

Darüber hinaus sei geplant, ab der zweiten Hälfte des Monats Mai als Modellprojekt in dem kleinen, stark belasteten Stadtteil Oberlohmannshof eine mobile Impfstation anzubieten. Dazu sei vorbereitend eine ausführliche Kommunikation und Information mithilfe der für den Bereich zuständigen Sozialarbeiter*innen notwendig.

Zum Thema Testen informiert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass aktuell die Dezentralisierung der Angebote organisiert werde, und zwar zunächst an Orten, an denen sich viele Menschen aufhielten oder wo die Sozialstrukturen ungünstig seien, zum Beispiel auf dem Wochenmarkt auf dem Kesselbrink und am „Kaya-Center“ an der Gütersloher Straße.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet nun um Fragen aus dem Plenum.

Herr Copertino möchte wissen, ob die Information korrekt sei, dass niedergelassene Ärztinnen und Ärzte über Impfdosen von AstraZeneca verfügten, die von diesen wegen mangelnder Nachfrage nicht verimpft werden könnten. Sei dies der Fall, fragt er nach der Möglichkeit, diese Dosen an das Impfzentrum weiterzugeben. Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt diese Information. Allerdings werde AstraZeneca seit der Aufhebung der Priorisierung wieder vermehrt nachgefragt. Man sei diesbezüglich im Gespräch mit den Ärzt*innen.

Herr Copertino berichtet, dass seines Wissens nach etliche bereits vereinbarte Impftermine aus verschiedenen Gründen nicht wahrgenommen würden. Zur Vermeidung dieser Ausfälle regt er an, öffentlich an die Bevölkerung zu appellieren, nicht mehr benötigte Termine wieder freizugeben. Hierzu berichtet Beigeordneter Herr Nürnberger von einer bislang sehr geringen „No-show-Rate“. Auch aufgrund der sehr guten Organisation und Nutzung der Nachrückerlisten gebe es keinen Verwurf von Impf-

dosen.

Auf Nachfrage von Frau Rammert verweist Beigeordneter Herr Nürnberger auf den 19. Impferlass, nach dem weitere Gruppen zur Impfung zugelassen würde. Für diese Impfberechtigten würden nicht pauschal Termine reserviert.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Seidenberg erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die Kontaktnachverfolgung im Gesundheitsamt von ca. 100 Mitarbeiter*innen zum Großteil in Teilzeit und im Schichtdienst organisiert werde. Somit seien zu keinem Zeitpunkt alle Mitarbeiter*innen gleichzeitig im Dienst. Durchschnittlich könne eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter pro Tag drei bis vier Fälle von Neuinfizierungen inklusive Aufnahme, Kontaktnachverfolgung und Dokumentation bearbeiten. Ziel sei, die durch die hohen Inzidenzwerte und Neuinfektionen entstandenen Rückstände zügig abzubauen.

Frau Rammert fragt, wann mit einer Impfung von Beschäftigten und Bewohner*innen von Justizvollzugsanstalten gereicht werden könne. Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass die Priorisierung dieser Personengruppe laut Impferlass des Landes noch nicht erfolgt, die Impfung dieser Menschen aber bereits geplant sei.

Frau Beier hält das Impfen in stark belasteten Stadtteilen mit dem Impfstoff Johnson & Johnson für bedenklich, da dieser lediglich eine Schutzwirkung vergleichbar wie nach der ersten Impfung mit AstraZeneca habe. Hierzu erklärt Herr Kuhlmann, dass es sich bei dem Impfstoff Johnson & Johnson um einen hochwirksamen Impfstoff handle, der ebenso zugelassen sei wie zum Beispiel AstraZeneca. Dies bestätigt Herr Dr. Schmid ausdrücklich. Man müsse bei der Beurteilung der Impfstoffe neben ihrer Effektivität gegen eine Infizierung auch die Eindämmung von sehr schweren und tödlichen Krankheitsverläufen berücksichtigen. Für die Gruppe der Wohnungslosen sei Johnson & Johnson die beste Wahl. Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass das Impfangebot in den Quartieren möglichst niedrigschwellig gehalten werden müsse. Das sei durch Johnson & Johnson sichergestellt, da dieser Impfstoff nur einmalig verabreicht werde.

Herr Hood sieht ein Dilemma zwischen den steigenden Testungen einerseits und den Rückständen bei den Kontaktnachverfolgungen andererseits. Letztere seien das entscheidende Instrument zur Senkung der Inzidenzwerte. Ziel müsse die schnelle Aufarbeitung der Rückstände sein. Insgesamt appelliere er eindringlich an mehr Geduld und Gelassenheit hinsichtlich erneuter Lockerungen, um nicht die eigenen Erfolge wieder zu zerstören. Frau Weißenfeld und Herr Gugat unterstützen diesen Appell.

Bezüglich der mobilen Impfstation am Oberlohmannshof fragt Herr Hood nach weiteren denkbaren Orten im Stadtgebiet. Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass er dezentrale Impfangebote zum Beispiel in Baumheide, Stieghorst, Sieker für denkbar, wichtig und sinnvoll halte. Das Land habe für NRW zusätzlich ca. 100.000 Impfdosen für sozial belastete Stadtteile zugesagt. Davon rechne er für Bielefeld mit 2.000 bis 3.000 Dosen. Diese Menge könne für einen weiteren kleinen Stadtteil reichen, wie zum Beispiel Windflöte.

Darüber hinaus berichtet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass am kommenden Donnerstag der ASB eine „Stellprobe“ vornehme und die mobile Impfstation testweise an einem Platz in Bielefeld aufbaue.

Herr Gugat gibt die Anregung von Bürger*innen weiter, eine mobile Impfstation auf dem Rathausvorplatz zu errichten. Außerdem fragt er nach der Impfsituation in Unterkünften für geflüchtete Menschen.

Hierzu berichtet Frau Krutwage. Parallel zum Beginn der Impfung wohnungsloser Personen habe man auch mit der Impfung in Flüchtlingsunterkünften begonnen, konkret in der Unterkunft am Rütli. Mit einer Impfquote von 25% sei man hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Gründe dafür seien unter anderem Vorbehalte gegen Impfungen, der Ramadan, Schwangerschaften und positiv getestete Menschen am Tag der Impfung. Dennoch helfe jede einzelne erfolgte Impfung weiter. In den nächsten Wochen seien daher weitere Impfungen in den Unterkünften geplant um die Impfquote zu steigern. Um diese Personengruppe zu erreichen, bedürfe es umfassender Informationsarbeit und Mund-zu-Mund-Propaganda. In Landeseinrichtungen werde noch nicht geimpft, da hierfür das Land zuständig sei.

Beratung über den Antrag der CDU-Fraktion (siehe TOP 4.1, Drucks.-Nr. 1457/2020-2025):

Herr Kuhlmann erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Es sei wichtig, präventiv tätig zu werden, um künftig Problemen und Überforderungen bei der Vereinbarung von Impfterminen vorzubeugen. Ziel müsse sein, dass Impftermine schnell und effektiv ohne Benachteiligung Einzelner buchbar seien. Dafür benötige man eine entsprechende Strategie. Zu bedenken sei dabei auch, dass in Kürze auch die Betriebsärzte in großem Umfang in das Impfen einsteigen würden. Daher werbe er nachdrücklich für die Zustimmung zu dem Antrag.

Frau Weißenfeld erklärt, sie könne das hinter dem Antrag stehende Anliegen nachvollziehen. Dennoch spreche sie sich für die SPD-Fraktion gegen die Erstellung eines neuen Konzeptes aus. Sie appelliere vielmehr an die Presse, klare Informationen zum jeweils aktuellen Stand zu veröffentlichen, und die Bürger*innen nicht mit sich widersprechenden Aussagen zu verunsichern.

Beigeordneter Herr Nürnberger entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Kuhlmann, dass er keine Möglichkeit sehe, die niedergelassenen Ärzt*innen dabei zu unterstützen, die dort angelieferten Dosen komplett zu verimpfen. Die Rolle der Stadt sei vielmehr die Unterstützung von Menschen, die keinen guten Zugang zu Impfungen hätten, und dies unter anderem durch dezentrale Impfangebote.

Herr Gugat verweist auf die Internetseite „sofort-impfen.de“. Ziel dieser Plattform sei, Ärzt*innen und Impffinteressierte zusammenzubringen und damit zu vermeiden, dass Impfstoff verfalle.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert, dass für die Impfungen durch die Betriebsärzte das Land zusätzlich 100.000 Impfdosen pro Woche in Aussicht gestellt habe, was für Bielefeld eine Menge von ca. 2.500 Dosen pro Woche bedeute. Eine konkrete Anweisung, nach welchem Schlüssel

diese Dosen an die unterschiedlich großen Betriebe verteilt werden sollen, liege bislang noch nicht vor.

Herr Copertino erläutert, der Antrag der CDU-Fraktion zielt darauf ab, eine mögliche „Impfneiddebatte“ im Falle der Aufhebung der Priorisierungen zu verhindern. Er werbe für die Zustimmung zu dem Antrag, auch mit Blick auf die Berichterstattung der Presse. Diese sollte dringend gebeten werden, kooperativer zu berichten.

Herr Hood gibt zu bedenken, dass die Stadt hier nur begrenzt kommunal Einfluss nehmen könne. Auch hinsichtlich der Bielefeld zugeteilten Impfmengen oder der Menge der Impfungen bei niedergelassenen Ärzt*innen bestehe keine Einflussmöglichkeit. Ein größeres Konzept halte er angesichts der Schnelligkeit der Maßnahmen für unpassend. Im Ergebnis spreche er sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/die Grünen gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus.

Sodann bittet Vorsitzende Frau Gorsler um Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Aufhebung der Priorisierung von Impfberechtigten eine Impfstrategie/-konzept zu erarbeiten, um einer Überlastung der Impfzentren und Hausärzte durch eine hohe Terminnachfrage entgegenzuwirken.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Anmerkung der Schriftführung:

Zur besseren Übersicht findet sich das Ergebnis der Abstimmung auch unter TOP 4.1.

Zu Punkt 5.1

Ergebnis der Prüfaufträge aus der Sitzung des SGA am 13.04.2021

Der Ausschuss nimmt die beiden schriftlichen Mitteilungen der Verwaltung „Gestaltung der Homepage der Stadt Bielefeld“ und „Sicherstellung des Impfanmeldeverfahrens“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 5.2

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung "Taxidienst Impfbereich für über 70jährige"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1435/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **Beschluss:**

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 47 vom 14.04.2021 wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Zwischenbericht der Solidarischen Corona-Hilfe Bielefeld: Organisation und Koordination von privater nachbarschaftlicher Hilfe durch Datenbank, Social Media und Telefon-Hotline

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1390/2020-2025

Herr Schaible, Solidarische Corona-Hilfe Bielefeld, wird als Berichterstatter online via „Zoom“ zugeschaltet. Er berichtet ausführlich zur Vorlage. Zu Beginn der Pandemie im letzten Jahr habe die Stiftung Solidarität, damals auch unter Mitarbeit von Herrn Gugat, ein Netzwerk nachbarschaftlicher Hilfen aufgebaut. Nach wie vor sei die Nachfrage an den Dienstleistungen der Corona-Hilfe sehr groß. Hauptnutzer seien Menschen, die sich in Quarantäne befänden. Herr Schaible betont, dass die Stadt auf dieses wichtige und sinnvolle Netzwerk ehrenamtlicher Nachbarschaftshelfer*innen auch nach dem Abklingen der Pandemie nicht verzichten könne.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herrn Schaible für seine ausführliche Schilderung.

Herr Holler-Göller drückt Herrn Schaible und den Helfer*innen seine Anerkennung für ihr Engagement aus. Diese Ressourcen sollte man auch in weiterer Zukunft nutzen. Herr Holler-Göller fragt nach konkreten Problemen von Familien mit Kindern in Quarantäne und wie sich diese lösen ließen.

Frau Rammert weist in diesem Zusammenhang auf die Spielwiese der Stadtbibliothek hin, wo man Spiele und auch Bücherpakete ausleihen könne. Sie regt an, dass die Solidarische Corona-Hilfe einen Kontakt zur Spielwiese herstelle.

Unter Bezug auf die Gutscheincodes für Mittagessenverpflegung, die BuT-berechtigte Familien beantragten könnten, fragt Frau Rammert, wie sich die Zahl der Anträge entwickle und ob es für diese Gruppe spezielle Lösungen gebe.

Herr Schaible berichtet von einem enormen Anstieg der Anfragen und vielfältigen Problemen von Alleinerziehenden während der Pandemiezeit. Lösungen für diese besonderen Belastungen könnten nur alle Beteiligten gemeinsam erarbeiten.

Die Anzahl der an BuT-Berechtigte ausgegebenen Gutscheincodes sei

kontinuierlich gestiegen. Von dieser Hilfe profitierten in besonderem Maße viele Familien mit Kindern. Dieses Netzwerk sei etwas Besonderes, auf das man in Bielefeld stolz sein könne. Er sei sehr dankbar dafür, dass die Idee einer solidarischen Hilfe aus dem Sozialamt heraus entstanden sei und viele Beteiligte gemeinsam einen Weg gefunden hätten, einen finanziellen Ausgleich in dieser besonderen Zeit der Pandemie zu schaffen.

Frau Krutwage ergänzt, dass zurzeit ca. 21.500 BuT-Berechtigte im Alter zwischen Null und 25 Jahren in Bielefeld lebten. Davon seien ca. 6.000 Kinder, die an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung teilnahmen. Die in der Vorlage genannte Zahl von 1.000 schließe Familien ein, in denen mehrere Kinder lebten.

Herr Gugat verbindet mit seinem Dank an die ehrenamtlichen Helfer*innen und das Organisationsteam der Solidarischen Corona-Hilfe die Bitte, zu einer der nächsten Sitzungen des SGA die Entwicklung der Fallzahlen nach Art der Hilfen darzustellen. Diese könne als Grundlage für spätere Planungen über die Dauer der Pandemie hinaus hilfreich sein.

Frau Weißenfeld ergänzt, dass sie von der bisher geleisteten Arbeit der Corona-Hilfe sehr beeindruckt sei. Dies mache Mut, Quartiersarbeit, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Hilfen weiter zu fördern.

Abschließend dankt Vorsitzende Frau Gorsler Herrn Schaible für das Engagement und die geleistete Arbeit.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Berichterstattung über das zielgruppenspezifische Streetwork

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1339/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Köster und Herrn Heckersdorf, die als Streetworker*in der Stadt Bielefeld im Einsatz seien.

Zunächst stellt sich Frau Köster kurz vor und gibt einen Einblick in das Thema entsprechend der Ausführungen in der Vorlage. Nach Beendigung der Analysephase beginne nun die dritte Projektphase, in der Lösungsstrategien und Konzepte erarbeitet würden.

Herr Heckersdorf berichtet von Art und Umfang der bislang geschlossenen Kontakte an den unterschiedlichen Plätzen in Bielefeld und über die Bedarfe der Menschen. Folgende Themen seien zunächst für die zukünftige Arbeit der Streetworker*innen besonders wichtig:

- die Toilettensituation, die für alle Zielgruppen gleichermaßen ein schwieriges Thema sei;
- der Kontakt zu Menschen, die nicht in Bielefeld gemeldet seien. Die-

se seien in der Regel von Hilfsangeboten in Bielefeld ausgeschlossen;

- der Aspekt der Sozialraummoderation mit dem Ziel, die unterschiedlichen Nutzergruppen miteinander in Kontakt zu bringen und zwischen den unterschiedlichen Perspektiven und Bedarfen zu moderieren (Beispiel Kesselbrink).

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Frau Köster und Herrn Heckersdorf für ihre Ausführungen.

Herr Klein spricht den Streetworker*innen seinen Respekt für die bisherige Arbeit aus. Trotz der anfangs auch seitens des Psychiatriebeirates geäußerten Bedenken halte er das Projekt bislang für sehr gelungen. Herr Klein möchte wissen, wer in dem angesprochenen Beirat und in dem Arbeitskreis Streetwork mitarbeite, da ihm eine Kooperation sehr wichtig sei. Darüber hinaus würde er sich über eine ähnliche Berichterstattung wie heute auch in einer der nächsten Sitzungen des Psychiatriebeirates freuen.

Frau Weißenfeld erklärt, dass sie die dargestellten Maßnahmen unterstütze und die Rolle der Streetworker*innen als Bindeglied zwischen den verschiedenen Maßnahmen, Angeboten und Trägern wahrnehme. Skeptisch sei sie hinsichtlich des in Sennestadt geplanten neuen Unterstandes. Vielleicht sei es sinnvoller, die Jugend alternativ in das dortige Kinder- und Jugendzentrum LUNA zu holen.

Herr Hood spricht seinen Dank ausdrücklich für die sehr sachliche und nüchterne Betrachtung der Situation und Darstellung der einzelnen Orte aus. Das Modell Streetwork habe sich bis jetzt gut etabliert und stelle eine sinnvolle Basis für weitere neue Konzepte dar. Er freue sich darüber, einmal die Menschen kennen gelernt zu haben, die sich dieser besonderen Aufgabe des Streetworks stellten.

Herr Gugat lobt, wie intensiv sich die Streetworker*innen in der Kürze der Zeit in das Thema eingearbeitet hätten. Er regt an, weiterhin aktuelle Informationen im Instagram Account zu veröffentlichen.

Frau Hollander erinnert an einen Antrag in der Bezirksvertretung Mitte, die Umgebung des Grünen Würfels als Spielplatz auszuweisen, damit sich alkoholabhängige Personen dort nicht mehr aufhalten könnten und bittet Herrn Heckersdorf um seine Einschätzung dazu.

Herr Heckersdorf bedankt sich für das positive Feedback und nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- Der Arbeitskreis Streetwork sei initiativ für alle aufsuchenden Sozialarbeiter*innen in Bielefeld gegründet worden. Die Streetworker*innen stünden in engem Austausch mit den Sozialarbeiter*innen.
- In dem Beirat seien freie Träger und auch Mitarbeiter*innen der Stadt involviert, um ein gemeinsames Konzept mit einer langfristigen Perspektive gemeinsam zu erarbeiten.
- Der Unterstand in Sennestadt sei eine Idee von dortigen Akteuren gewesen. Die Aufgabe der Streetworker*innen sei nun, zunächst den Kontakt mit den Gruppen, die sich dort aufhielten, zu suchen und mit ihnen alternative Möglichkeiten für ihren Aufenthalt zu diskutieren.
- Es sei bereits geplant, den Instagram Account weiterhin zu pflegen

- und Informationen zu veröffentlichen.
- Um den Grünen Würfel herum und auf dem Kesselbrink könne man unterschiedliche Gruppen beobachten, die sich dort aufhielten, wobei jede einen Anspruch an den Platz habe. Als Streetworker*innen verstanden sie sich als „Anwalt“ der unterschiedlichen Zielgruppen und würden aus deren Perspektive die verschiedenen Bedarfe feststellen. Streetwork setzte nicht auf den Aspekt der Verdrängung, sondern moderiere zwischen den unterschiedlichen Nutzungsinteressen.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Frau Köster und Herrn Heckersdorf abschließend für ihr Statement und das Engagement für die Klienten und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihrer präventiven und unterstützenden Arbeit.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 Zwischenbericht des Arbeitsprozesses "Alter(n) gestalten"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1309/2020-2025

Der Zwischenbericht wird in 1. Lesung beraten.

-.-.-

Zu Punkt 9 Beschluss der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0940/2020-2025

Frau Huber kritisiert, dass die Vorlage in allen Ausschüssen, nicht aber in den Beiräten beraten werde. Sie halte dieses Thema für enorm wichtig für die gesamte Stadt und damit auch für alle Beiräte und bittet um entsprechende Erweiterung der Beratungsfolge. Die Verwaltung sagt zu, diese Bitte an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Frau Weißenfeld fragt nach, ob es zu der Vorlage auch eine Broschüre gebe. Auch diese Frage wird die Verwaltung weiterleiten.

Die Vorlage zur Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie wird in 1. Lesung beraten.

-.-.-

Zu Punkt 10 Benennung eines Mitgliedes des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1313/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **Beschluss:**

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates wird folgende Person als Mitglied des Psychiatriebeirates ernannt:

Name	Institution/Verband
Herr Dr. Matthias Böhringer	Verband Niedergelassener Nervenärztinnen und Nervenärzte (delegiert von der Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe - Bezirksstelle Bielefeld)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Krutwage kündigt für die kommende Sitzung neben der Themen aus dieser Sitzung eine Vorlage zur Ernst-Rein-Straße und das Wohnungsbaubarometer an.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez.
Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Gez.
Rita Mülöt
(Schriftführung)